

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(98. - öffentliche - Sitzung am 4. September 2017)

Beratungsthemen:

***Außerhalb der Tagesordnung** bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung zu Verfahrensstand und zentralen Inhalten des im Auftrag der Staatsanwaltschaft Verden erstellten Gutachtens zum Explosionsunglück in Ritterhude.*

1. Mehr Geld und schnellere Durchführung - Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland muss besser werden

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8550](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Wasserverbandstag e. V.
- Harzwasserwerke GmbH
- Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e. V.
- Bürgermeister der Gemeinde Schladen-Werla
- BUND Landesverband Niedersachsen e. V.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Störfallgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8414](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl den Landtag vorbehaltlich der Zustimmung durch den - mitberatenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen. Die Berichterstattung übernahm Abg. Miriam Staudte (GRÜNE).

3. Akzeptanz steigern - Technik entwickeln - Innovative Konzepte zur Erdkabelverlegung uneingeschränkt fördern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8215](#)

Der Ausschuss ließ sich zunächst durch die Landesregierung unterrichten und hörte anschließend die TenneT TSO GmbH und die AGS-Verfahrenstechnik GmbH an. Abschließend führte er hierzu eine Aussprache.

4. Deichsicherheit und Bestandsschutz in Einklang bringen - Existenzrecht historischer Dörfer anerkennen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4669](#)

Der Ausschuss nahm die schriftliche Unterrichtung zum Entwurf eines Erlasses zum Vollzug des Niedersächsischen Deichgesetzes entgegen und setzte die Beratung fort. Die CDU-Fraktion stellte in Aussicht, bis zur nächsten Sitzung am 11. September 2017 einen Änderungsvorschlag vorzulegen.

5. Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Verhandlungsstand zwischen der Freien Hansestadt Hamburg und dem Land Niedersachsen zum Abschluss des Staatsvertrages „Heidewasser“

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.